Ortsgemeinde Kottenheim

Vorlage Nr. 055/278/2018

Beschlussvorlage

TOP	Errichtung von 4 Garagen
------------	---------------------------------

Verfasser: Bearbeiter: Michael Hinz Fachbereich: Fachbereich 2	
Datum: 29.03.2018	Aktenzeichen:
Telefon-Nr.: 02651/8009-51	

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	öffentlich	09.04.2018	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	09.04.2018	Kenntnisnahme
Ortsgemeinderat	öffentlich	17.04.2018	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat beschließt, zum Bauantrag auf Errichtung von 4 Garagen in 56736 Kottenheim, Flur 7, Flurstück 574/5, das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 2 BauGB zu erteilen / nicht zu erteilen.

Etwaige Anträge:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:						
☐ Ein- stimmig	☐ Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	☐ Laut Beschlussvor- schlag	☐ Abweichender Beschluss

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinde Kottenheim liegt ein Bauantrag auf Errichtung von 4 Garagen in Kottenheim, Keltenstraße 16, Flur 7, Flurstück 574/5, vor.

Der komplette Bauantrag liegt der Ortsgemeinde zur Einsichtnahme vor und ist der Beschlussvorlage beigefügt.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans „Im Pesch“. Die Zulässigkeit beurteilt sich daher nach § 30 BauGB.

Der Bauherr möchte das Vorhaben abweichend vom Bebauungsplan errichten / herstellen.

Die geplanten Garagen soll außerhalb der überbaubaren Fläche errichtet werden. Darüber hinaus wäre das Flurstück nur mit Garagen bebaut. Ein Auszug des Bebauungsplans und den textlichen Festsetzungen sind der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Gemäß § 31 Abs. 2 BauGB kann von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn

- 1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern oder
- 2. die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
- 3. die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und wenn
 - die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und
 - wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Der Ortsgemeinderat hat hierzu über das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 2 BauGB zu beraten und zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen?				
☐ Ja ☒ Nein				
Veranschlagung				
☐ Ergebnishaushalt 20	☐ Finanzhaushalt 20	☐ Nein	☐ Ja, mit €	Buchungsstelle:

Anlagen:

Auszug B-Plan und Festsetzungen
Bauantrag